

Zwei Denkschriften Hermann von Boyens über das preußisch-polnische Verhältnis zur Zeit des Novemberaufstandes 1830/31

von

Stefan Hartmann

Im Nachlaß Boyen im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin liegen zwei bisher unveröffentlichte Denkschriften des Heeresreformers vor, die Aufschluß über das preußisch-polnische Verhältnis in der Krise des Novemberaufstandes geben.¹

Zunächst seien einige Bemerkungen über Hermann von Boyens Lebenslauf vorausgeschickt:² Der gebürtige Ostpreuße kam schon früh auf der Universität Königsberg mit den rationalistischen Ideen Kants in Berührung, die ihn mit dem Gedanken konfrontierten, wie sich der ständisch gegliederte Staat mit der natürlichen Gleichberechtigung aller Menschen vertrug. Der Kantschen Ethik entnahm er auch den Rechtsgedanken und die Vorstellung der sittlichen Energie und Reinheit des durch die Vernunft geläuterten selbstlosen Willens. 1794/95 nahm er am Feldzug gegen die von Kościuszko geführte Aufstandsbewegung teil, was ihm Einblicke in die Mentalität des polnischen Adels verschaffte. In dieser Zeit verfaßte er drei Denkschriften, die sowohl persönliche Teilnahme am Schicksal der vor der völligen Aufteilung stehenden Adelsrepublik als auch Überlegungen über die Interessen Preußens in dieser Situation erkennen lassen.³ Aus Gründen der Staatsräson sprach er sich damals für die Erhaltung Polens als Ganzes aus, weil es wegen seiner Wasserwege immer auf den Handel mit Preußen angewiesen sei, geteilt aber in die Wirtschaftsgebiete der erwerbenden Mächte, d. h. auch Österreichs und Rußlands, integriert werde. Bei einer Teilung Polens würden Wien und Petersburg alle Kräfte an sich ziehen, die sonst nach Preußen strömten. Angesichts seiner Größe, inneren Stärke und mustergültigen Verfassung brauche Preußen ein selbständiges Polen kaum zu fürchten. Dieses könne keinen beträchtlichen Schritt ohne dessen

¹ Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (künftig: GStAPK), I. HA. Rep. 92, Nachlaß Boyen, Nrn. 412, 414.

² Vgl. FRIEDRICH MEINECKE: Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen, 2 Bde., Stuttgart 1896–1899; FRANZ SCHNABEL: Hermann von Boyen (1771–1848), in: Neue Deutsche Biographie 2, Berlin 1955, S. 495–498.

³ FRIEDRICH MEINECKE: Drei Denkschriften Boyens über Polen und Südpreußen aus den Jahren 1794 und 1795, in: Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen 8 (1893), S. 307–318.

Mitwirkung machen. Boyen tadelte das rohe Vorgehen der Russen, das sich auch im Verbot der polnischen Militärorden zeige. Ehre, Überzeugung und Vaterlandsliebe würden durch diese Maßregel gekränkt. Besser sei es, den polnischen Adel durch Titel und Orden zu gewinnen. Man dürfe die Auswanderung polnischer Edelleute nicht hindern, solle aber, um sie nützlich zu beschäftigen, eigene Bosniakenschwadronen für sie bei jedem Regiment errichten. Hier dokumentiert sich friderizianisches Denken, das der aufgeklärten preußischen Verwaltung einen leichten Sieg über nationale Gegensätze zutraute.⁴ Seine im Juni 1795 formulierte Äußerung, ein Land zu erobern, sei in den meisten Fällen leichter, als es durch weise Gesetze mit den alten Provinzen zu vereinigen, werde doch letzteres nur durch reifes Nachdenken und Studieren der Sitten und Gebräuche der neuen Untertanen bewirkt, läßt einen Weitblick erkennen, der damals vielen preußischen Staatsmännern fremd war. Diese erschöpften sich im Bestreben, ein möglichst großes Stück polnischen Landes zu erlangen und den Annektierten alle Segnungen zuteil werden zu lassen, deren sich die Bewohner der alten Provinzen erfreuten.⁵

Nach den preußischen Niederlagen von Jena und Auerstedt wirkte Boyen als Mitarbeiter Scharnhorsts in der Militärreorganisationskommission mit und war an der mit der Steinschen Staatsreform zusammenhängenden Heeresreform maßgebend beteiligt. In seiner bedeutendsten Tat, der Schaffung des Wehrgesetzes von 1814, das die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Errichtung der Landwehr beinhaltete, suchte Boyen das politische Bedürfnis des Staates in Einklang zu bringen mit den Idealen von Rechtsgleichheit, Vaterlandsliebe und sittlicher Pflicht.⁶ 1819 veranlaßten ihn die Angriffe der zur alten Ordnung zurückstrebenden Hofpartei gegen seine Reformmaßnahmen zum Rücktritt vom Amt des Kriegsministers. Dieser Schritt bedeutete, da auch die anderen Verfassungsfreunde ausgeschieden waren, das Ende der preußischen Reformzeit. In den folgenden zwei Jahrzehnten der Zurückgezogenheit verfaßte er zahlreiche Denkschriften über Religion, Philosophie, Geschichte und Politik, darunter auch die den Gegenstand dieser Untersuchung bildenden zwei Entwürfe über das preußisch-polnische Verhältnis, das während des Novemberaufstandes neue Aktualität erhalten hatte. Nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. bekleidete Boyen zwar nochmals – diesmal für sechs Jahre – das Amt des Kriegsministers, er konnte aber wegen der veränderten Zeitverhältnisse am Vorabend der 48er Revolution sein Programm von Verfassung und Volksvertretung nicht mehr verwirklichen.

⁴ MAX LEHMANN: Preußen und Polen, in: Preußische Jahrbücher 78 (1894), S. 453–468, hier S. 458.

⁵ Ebenda, S. 49; MEINECKE (wie Anm. 3), S. 316.

⁶ STEFAN HARTMANN: Die Kontroverse zwischen Boyen und Schmalz über die Einführung einer ständischen Verfassung in Preußen, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte NF 1 (1991), S. 209–239, hier S. 214.

Zum Verständnis meiner Ausführungen soll die preußische Polenpolitik zwischen 1815 und 1848 kurz skizziert werden. Die als die „stillen Jahre“ bezeichnete Periode bis 1830 war von den Bemühungen der preußischen Ministerialbürokratie bestimmt, die polnische Bevölkerung und vor allem den polnischen Adel für den Hohenzollernstaat zu gewinnen und die Zugeständnisse Alexanders I. für Kongreßpolen möglichst noch zu übertreffen. Im preußisch-russischen Vertrag vom 3. Mai 1815 hatten sich beide Teilungsmächte dazu verpflichtet, der polnischen Nation in irgendeiner Form Autonomie zu gewähren. Am weitestgehenden waren die Zugeständnisse in der Provinz Posen, die einen Statthalter aus dem polnischen Hochadel, einen in drei Stände gegliederten Landtag unter der Dominanz des polnischen Adels und Landräte, die überwiegend dem Polentum angehörten, erhielt. Im Schulwesen wurde dem Polnischen neben dem Deutschen eine starke Stellung eingeräumt. Durch die Bauernbefreiung, die für die Bauern günstiger als in den altpreußischen Provinzen verlief, suchte man die ländlichen Schichten zu gewinnen. Auch auf polnischer Seite wird diese kurze Periode verhältnismäßig positiv beurteilt, entwickelte sich doch dadurch zumindest für Posen – in West- und Ostpreußen sah es unter dem Oberpräsidenten Theodor von Schön mit seinem gegen die polnischen Grundbesitzer und die katholische Geistlichkeit gerichteten Kurs etwas anders aus – ein tragfähiges deutsch-polnisches Koexistenzmodell. Festzuhalten bleibt indes, daß der gesellschaftliche Fortschritt in der Provinz Posen – weniger in Westpreußen – die Basis der polnischen Nationalbewegung erweiterte, was in noch stärkerem Maß für Russisch-Polen galt, wo die Existenz einer begrenzten polnischen Staatlichkeit und die Intensivierung der Wirtschaft zu einer größeren Mobilität der Gesellschaft geführt hatten.⁷

Der Ausbruch des Novemberaufstandes 1830 bedeutete in jeder Hinsicht eine Zäsur. Weil die geschichtlichen Wurzeln der polnischen Nationalbewegung von der preußischen und der russischen Regierung nicht verstanden wurden, wurde sie als nackte Empörung gegen die Teilungsmächte abgetan und entsprechend unterdrückt. Das zeigte sich auch in der Polenpolitik Theodor von Schöns, die nach 1831 schärfer und weniger nachsichtig wurde. In seinem Verwaltungsbericht vom 10. Juli 1833 berief sich dieser auf die Erfahrungen Friedrichs des Großen, der „auch erst versucht habe, die Polen durch Güte zu gewinnen, aber dann zur Überzeugung gekommen sei, daß das fremde Element nur durch Einrichtung deutscher Schulen und durch den Auskauf der

⁷ Vgl. GOTTHOLD RHODE: *Kleine Geschichte Polens*, Darmstadt 1965, S. 378f.; MARIAN BISKUP: *Preußen und Polen. Grundlinien und Reflexionen*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* NF 31 (1983), S. 1–27; KLAUS ZERNACK: *Die Geschichte Preußens und die deutsch-polnischen Beziehungen*, in: DERS.: *Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, hrsg. von WOLFRAM FISCHER und MICHAEL G. MÜLLER, Berlin 1991, S. 123. Zur Lage in Kongreßpolen vgl. JERZY SKOWRONEK: *Młodzież polska i jej organizacje w ruchu narodowym* [Die polnische Jugend und ihre Organisationen in der nationalen Bewegung], Warszawa 1994.

polnischen Gutsbesitzer in den preußischen Staat eingefügt werden könne“.⁸ Mit den Novemberereignissen hing auch der Amtsantritt des Posener Oberpräsidenten Eduard Heinrich Flottwell zusammen, der den als gefährlich angesehenen Einfluß von Adel und Geistlichkeit zurückdrängte und das deutsche Element bewußt förderte, ohne allerdings damit wirklich Erfolg zu haben.⁹ Seine Politik bewirkte keine Assimilation des Polentums, sondern vertiefte vielmehr den preußisch-polnischen Antagonismus. Seine Maßnahmen standen indes mehr unter bürokratischem als politischem Aspekt, wodurch er sich deutlich von späteren Eindeutschungsversuchen der preußischen Verwaltung unterscheidet.

Im Gegensatz zum offiziellen Kurs der preußischen Regierung, die im Novemberaufstand nur formal eine neutrale Haltung einnahm, in Wirklichkeit aber die russischen Truppen so weit wie möglich unterstützte, wurde das liberale deutsche Bürgertum von einer Welle der Polenbegeisterung ergriffen. Es sah im Kampf der Polen für Recht und Freiheit eine Konkretisierung der eigenen politischen Vorstellungen angesichts der unbefriedigenden innerdeutschen Entwicklung.¹⁰ Während der mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. (1840) beginnenden „Versöhnungsära“ verfolgte die Regierung in Berlin in der Nationalitätenfrage zwar eine gewisse Neutralität, erwartete aber eine vorbehaltlose preußische Staatsgesinnung auch der polnischen Untertanen. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden, weil die an Schärfe gewinnenden Auseinandersetzungen zwischen den Nationalbewegungen auf beiden Seiten keinen Kompromiß mehr zuließen und das unter dem Einfluß der Emigration stehende Polentum im „Völkerfrühling“ – darunter werden vor allem die Jahre 1846 bis 1848 verstanden – einen Prozeß der Umgestaltung von der Adelsnation zur ständelosen, sprachlich bestimmten nationalen Gemeinschaft, dem „społeczność“, vollzog. Auf diesem Wege wollte die adlig-polnische Führungsschicht die Nationalisierung der nichtadligen Bevölkerung, vor allem der Bauern, einleiten, eine Entwicklung, die bereits im Januaraufstand 1863/64 deutliche Erfolge zeitigte.¹¹ Angesichts der sichtbaren Verhärtung des Nationalismusbegriffes bei Deutschen und Polen ist es kaum verwunderlich, daß selbst die liberalen Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche den polnischen Bestrebungen nach Freiheit und Unabhängigkeit mit Unverständnis begegneten. Immer mehr setzte sich die preußisch-konservative Staatsidee im

⁸ EDUARD WILHELM MAYER: Politische Erfahrungen und Gedanken Theodors von Schön nach 1815, in: *Historische Zeitschrift* 117 (1917), S. 432–464, hier S. 454.

⁹ FRANCISZEK PAPROCKI: *Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella (1830–1841)* [Das Großherzogtum Posen unter dem Oberpräsidenten Flottwell], Poznań 1994, S. 207 ff.

¹⁰ GEORG W. STROBEL: Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands, in: *Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft*, hrsg. von PETER EHLEN, München 1982, S. 31–47, hier S. 32 f.

¹¹ RHODE (wie Anm. 7), S. 343 f.

kleindeutschen Rahmen durch, an die später Bismarck in seiner Polenpolitik anknüpfte.¹²

Vor diesem politischen und geistigen Hintergrund müssen die beiden hier zu analysierenden Denkschriften Hermann von Boyens gesehen werden. Nach Meinung Friedrich Meineckes wechselte Boyen unter dem Eindruck des Novemberaufstandes insofern die Front, als er, der sonst der Regierung gegenüber der unermüdliche Anwalt der liberalen Bewegung gewesen war, jetzt seinen liberalen Freunden eine energische preußische Staatsgesinnung entgegenhielt.¹³ Hier finden sich viele Parallelen zu Theodor von Schön, dessen nicht national gebundene Staatsauffassung ganz der Ideologie der Hochkonservativen entsprach, für die der Staat nicht nur früher als die Nation, sondern auch mehr als die Nation war. Für ihn wie für Boyen konnte nur ein preußischer Staat in Deutschland seine Aufgabe erfüllen, die in Machtpolitik nach außen und innerer liberaler Reformpolitik bestand.¹⁴ Beide sahen das spezifische Preußentum am ehesten in den national gemischten Provinzen Ost- und Westpreußen mit seiner sittlich ordnenden Kraft gegenüber einer ständisch abgestuften Gesellschaft und einer nationalen Gemengelage verwirklicht.

Nach Boyens eigenen Worten ist die erste der hier betrachteten Denkschriften¹⁵ unter dem Titel „Die Polnische Frage in Beziehung auf Preussen und an der Hand der Geschichte beleuchtet“ „gleich nach dem Ausbruche der Warschauer Insurrektion zu dem Zwecke niedergeschrieben, den Standpunkt Preussens zu diesem Verhältniß ruhig zu beleuchten“. Wir müssen daher als Zeitpunkt der Abfassung den Dezember 1830 annehmen. Im folgenden soll sie in ihren inhaltlichen Grundzügen vorgestellt werden. Dabei werden die nachstehenden Gedanken und Reflexionen zur Sprache gebracht:

1. Abgesehen von glücklichen Ausnahmen können wir uns nur langsam einem vorgesteckten geistigen Ziel nähern. Das zeigt sich besonders bei der Beleuchtung neu entstandener Staatsverhältnisse, die oft durch den Einfluß edler Empfindungen und die notwendige Berücksichtigung materieller Interessen übersehen werden.

2. Bei der Frage, wieweit die Handlungen des Staatenlebens den Gesetzen der Moral unterworfen sind, ist wichtig, ob die Staats- und die Privatmoral sich unabweichlich in gleichen Bahnen bewegen oder ein gleiches Ziel auf verschiedenen Wegen erreichen wollen. Der einzelne Mensch kann sich der Aufwallung edler Empfindungen unbedingt hingeben, die Regierungen müssen diese aber bekämpfen, weil sie nicht die Verwalter eines eigenen, sondern eines gemeinsamen Gutes sind und ihre Sorge nicht die Erhaltung eines Men-

¹² Vgl. MARTIN BROZAT: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt/Main 1972, S. 114ff.

¹³ MEINECKE (wie Anm. 2), S. 438.

¹⁴ FRIEDRICH MEINECKE: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, München, Berlin 1922, S. 338.

¹⁵ GStAPK, I. HA Rep. 92 NL Boyen, Nr. 412.

schenlebens und einer Generation, sondern die der kommenden Geschlechter umfaßt.

3. Strittig ist, ob die Erhaltung der Nationalität eines Volkes ein unwandelbares Recht ist oder dieser Rechtsanspruch nur durch eine Reihe von Bedingungen erlangt werden kann. Im ersten Fall gerät man bald in einen unauflösbaren Widerstreit mit dem Gang der Vorsehung. Die Geschichte bis zur Gegenwart bietet eine Fülle von Beispielen untergegangener Völker. Nicht nur Griechen, Römer und Juden sind aus der Reihe der Nationen verwischt, auch die heutigen Staaten zeigen bei einer näheren Prüfung ein Gemisch einzelner untergegangener Volksstämme, aus denen sich die gegenwärtigen Nationen entwickelt haben. „Der so scharf abgeschlossene Ungar hat auf seiner heimatlichen Fläche mehr als einen Volksstamm zu einer Einheit verschmolzen, in Spanien ist es ebenso gegangen, Engländer haben sich aus allen Himmelsrichtungen zusammengefunden, und die eifrigsten Vertheidiger der Nationalrechte, die Franzosen, nehmen in ihren eigenen Nationalkreis wenigstens Lothringen und Elsaß auf.“ Daraus ergibt sich, daß die Erhaltung jeder nationalen Selbständigkeit nur dann als ein Recht erscheint, wenn die sich daran knüpfenden Bedingungen von den Nationalmitgliedern redlich erfüllt werden. Diese Bedingungen sind nach dem Zeitalter und der Lokalität verschieden.

4. Folgende Faktoren sind für das heutige Europa entscheidend:

A. Jede Nation, die Selbständigkeit beansprucht, muß diese auch physisch und moralisch behaupten können.

B. Sie muß die nötige Kriegskraft und innere Entwicklung haben, um den Anforderungen der Zeit zu genügen.

C. Jede zurückgebliebene innere Entwicklung eines Landes untergräbt nicht nur dessen Selbständigkeit, sondern wirkt auch hemmend und dadurch feindlich auf die Nachbarstaaten.

D. Einer der größten politischen Fehler ist, wenn man einer Summe von Quadratmeilen oder Millionen Menschen, die nicht die obrigen Erfordernisse zur wirklichen Selbständigkeit besitzen, das Recht eines Staates gibt oder sie aus gemüthlicher Neigung für das Bestehende erhalten will, wenn auch alle Staatenbände fehlen oder bereits vermodert sind. Diesen Zustand kann man damit vergleichen, wenn man einen unerfahrenen Menschen zum General macht oder einen invaliden Greis der Frau und seiner Kinder wegen noch im Amt läßt. Verlorene Zeit im Staatsleben läßt sich niemals ersetzen, und die Unklugheit der Väter wird unausbleiblich das Verderben der kommenden Geschlechter. Den unaufhaltsamen Gang der Weltregierung kann keine gutmüthige Empfindung lenken. Die welthistorische Bestimmung bildet Völker und Staaten und zertrümmert sie, wenn ihre Aufgabe erfüllt ist. Durch das ewige Gebären neuer Staaten aus alten Volkstrümmern entstehen neue Nationen, wodurch das menschliche Geschlecht in seiner Entwicklung fortschreitet.

5. Diese Begründungen lenken den Blick auf das aus einzelnen Landesteilen entstandene Polen. Als östliche Grenzwehr sollte es das christliche Euro-

pa vor der Expansion des damals noch fremden Rußland bewahren und den alternden byzantinischen Thron gegen einfallende Invasoren stützen. Diese beiden ihm gegebenen Weltbestimmungen hat es schlecht erfüllt. Ein zügelloser Adel wählte nach dem Abgang des alten Königsstammes die schlechteste aller Regierungsformen, ein königliches Wahlreich, und bereitete sich dadurch einen langsamen, aber gewissen Untergang, seinen Nachbarn fortdauerndes Kriegsungemach und ganz Europa eine Auflösung des bisherigen Staatensystems. Bei den zu häufig vorkommenden Königswahlen war der Einfluß Österreichs bis zu den Zeiten der Kaiserin Katharina gewöhnlich am stärksten. Der schwedische Prinz Sigismund bekam, von Jesuiten gestützt, den polnischen Thron. Auch den schwedischen wollte er gewinnen und dort wiederum die katholische Lehre einführen. Sigismund scheiterte in diesen Ambitionen. Er führte unklugerweise eine Reihe von Kriegen unter Gustav Adolf und Carl Gustav herbei, die den Wohlstand von Ost- und Westpreußen tief erschütterten und endlich den Großen Kurfürsten nötigten, zu seiner und seines Volkes Erhaltung den Grund zu Preußens Selbständigkeit zu legen. Nachdem Sigismunds Nachkommen mit französischen Prinzen, Siebenbürgern und Eingeborenen auf dem polnischen Thron gewechselt hatten und das Bemühen des großen Sobieski an der Verderbtheit des polnischen Adels gescheitert war, wurde wiederum durch Österreichs Einfluß August von Sachsen auf den Thron der Piasten erhoben, und mit dieser durch einseitige Interessen erzeugten Wahl strömte eine Kette von Ungemach nicht allein nach Polen, sondern auch auf die Nachbarländer dieses schon damals in sich aufgelösten Staates. Augusts unkluge Eroberungssucht rief in Karl XII. einen unersättlichen Krieger herbei. Vergebens mahnte der preußische König Friedrich I. in der Zusammenkunft von Marienwerder den König von Polen, statt des Schwedenkrieges den Eroberungsabsichten Peters des Großen mit vereinter Hand entgegenzutreten. Auch der unerwartete Untergang der Schweden bei Poltawa konnte dem aufgelösten Sarmatien keine innere Ruhe mehr geben. Mit Trotz und Hohn gegen die Vorstellungen Preußens und Rußlands wurde die Evangelische Kirche in Polen ihrer Rechte beraubt und mit schaudererregender Grausamkeit unterdrückt. „Der unglückliche Adel dieses unglücklichen Landes, der seine asiatischen Anlagen und Neigungen nur durch einen oberflächlichen Kulturanstrich übertüncht und in der Erhaltung der Adelsrechte des Mittelalters sein höchstes Ziel sieht, untergräbt fortdauernd die äußere Selbständigkeit des Vaterlandes. Durch zügellosen Trotz gegen seine Könige unterdrückt er jede innere Entwicklung, weil er nur Sklaven und keine freyen Menschen um sich duldet.“ Nach dem Tod des ersten sächsischen Königs rief Frankreich Stanisław Leszczyński wieder auf die Bühne, und dieser Versuch kostete Preußen die Ernährung der unter Münnich zur Belagerung von Danzig vorrückenden russischen Armeen und Deutschland den Krieg am Rhein, der mit dem definitiven Verlust von Lothringen endete. Polen, Österreich und Frankreich haben durch ihr unzumuthbares Benehmen die Fortschritte Rußlands begründet, ihm die

Pforten von Mitteleuropa geöffnet, und doch verlange man jetzt, daß „Preußen diese ihm fremden Fehler mit Gefährdung seiner eigenen Existenz wieder gutmachen soll“. Der zweite sächsische König auf dem polnischen Thron, August III., einer der unklugen Urheber des Siebenjährigen Krieges, gab einen großen Teil der polnischen Kraft in die Hände der Feinde Friedrichs des Großen. Nur die treulose Neutralität Polens ermöglichte Rußland den Krieg gegen Preußen. Nach dem Hubertusburger Frieden blieb Polen faktisch eine russische Provinz, wofür Österreich und der anarchische innere Zustand des Landes verantwortlich waren. War dieser veränderte Zustand gleichgültig für Preußen? Entstanden dadurch keine Regentenpflichten für Friedrich den Großen? Die Unterbindung der Wahl eines weiteren Prinzen aus dem sächsischen Haus entsprach den Interessen des großen Königs, der damit verhindern wollte, „seine zerstückelten, eingeklemmten Provinzen einer ihm feindlichen Verbindung zwischen Sachsen und Polen unter der indirekten Einwirkung von Österreich“ preiszugeben. Durch die Wahl Stanislaus Augusts war den Sarmaten die Möglichkeit gegeben, „durch patriotisches Anschließen an einen einheimischen König sich wiederum in die Reihe selbständiger Staaten zu stellen“. Dazu war dieses unglückliche Land aber nicht bereit. Der Wunsch der benachbarten Mächte, den unterdrückten Dissidenten Glaubensduldung und frühere Rechte wiederzugeben, wurde durch bischöflichen Fanatismus übermütig zurückgewiesen. „Zahlreiche Konfoederationen, zuerst gegen König und Regierung, dann gegen jede innere Ordnung gaben nur zu bald der schlaun nordischen Kaiserin die gewünschte Veranlassung, Polen aufs neue mit ihren Truppen zu besetzen und ihren Gesandten zum eigentlichen Diktator des Landes zu machen.“ Die sogenannte erste Teilung Polens, in die Sprache der Wahrheit übersetzt, war nur der staatskluge Versuch Friedrichs, 2000 Quadratmeilen dem russischen Einfluß zu entziehen und dem Überrest nochmals die Gelegenheit einer selbständigen Entfaltung zu geben. Die Polen unter der Garantie der drei Mächte gegebenen Regierungseinrichtungen waren wirkliche Verbesserungen, die indes der Adel wiederum trotzig von sich stieß. Preußen benutzte den Ausbruch eines neuen Türkenkrieges, um Österreich und Rußland einen Teil ihres Übergewichts zu entziehen und Polen zum Gewinn völliger Selbständigkeit zu verhelfen. Es versuchte auf dem Vierjährigen Reichstag, Polens innere Landeseinrichtung der des übrigen Europa näher zu bringen. „Ganz hübsch klingende Worte über die künftige Begründung eines Bürgerstandes, über die Verbesserung der Bauern wurden in die Landesverfassung aufgenommen. Faktisch blieb es in dieser Hinsicht beim alten.“ Alle diese Versuche konnten nicht den Grundcharakter des polnischen Adels ändern, der sich größtenteils in Rußlands Arme warf. Ein neutrales Verhalten Preußens hätte Polens gänzliche Unterjochung und Einverleibung in Rußland zur Folge gehabt.

Im Gegensatz zu Privatpersonen müssen die Staaten jeder äußeren Ungerechtigkeit zuvorkommen, weil ihnen die Appellation an die Tribunale fehlt.

Das ist einer der Hauptunterschiede zwischen Privat- und Staatsmoral. Wenn Preußen in der zweiten Teilung Polens Posen ruhig in die Hände Rußlands hätte fallen lassen, wäre das nur für das Zarenreich, aber nicht für die ohnehin dem Untergang geweihte Adelsrepublik nützlich gewesen. Diese gewaltsamen Umwälzungen haben manches polnische Herz tief verwundet und bei einem Volk, „welches mehr durch die leidenschaftliche Aufregung des Augenblicks als ruhige Überlegungen geleitet wird, krampfhaftige Zuckungen und Todeskämpfe erzeugt“. Individuen und Völker enden in Todeskämpfen, um neuen Geschlechtern und Nationen Platz zu machen. Ein edler Mann, Kościuszko, stellte sich an die Spitze der letzten echt polnischen Aufwallungen. Mehr patriotischer Schwärmer als kalter Staatsmann, mußte er an den Mängeln seines Vaterlandes scheitern, zumal er den unteren Ständen keine lebendige Teilnahme an seinem Unternehmen einflößen konnte. Dem polnischen Adel fehlte es an Einsicht, „die Gebrechen des untergegangenen Staates mit dem Gewinn der neuen Regierungen unparteiisch zu vergleichen“. Die hier sichtbaren Fortschritte gegenüber der früheren Anarchie dürften nur schwer abzuleugnen sein. Napoleon stiftete viel besonnener als Kaiser Alexander ein Herzogtum Warschau. Er wußte sehr wohl, daß in der Politik die Namen oft von großer Bedeutung sind. Der polnische Adel, der die Befriedigung seiner persönlichen Neigungen und Interessen mit dem Glück des Volkes verwechselt, glaubte, in Napoleon den endlichen Hersteller seiner erträumten Herrlichkeit gefunden zu haben. 1815 haben der russische Kaiser und der preußische König jedem polnischen Untertan eine Frist eingeräumt, um seine Besitzungen verkaufen und sich eine neue Heimat suchen zu können. Wer davon keinen Gebrauch gemacht und sich durch Eide der neuen Regierung unterworfen hat, ist zur Treue gegenüber dieser verpflichtet. „Niemals können nationale Vorlieben über die Heiligkeit solcher Eide herrschen.“

6. Aus diesen Erfahrungen der Vergangenheit können für die Gegenwart (d. h. die Zeit unmittelbar nach Ausbruch des Novemberaufstandes) folgende Schlüsse gezogen werden: Trotz der offenkundigen Fehler des Großfürsten Konstantin kann damit die Treulosigkeit der Polen nicht beschönigt werden. Ein persönlicher Haß gegen jenen hat nichts mit zurückgeforderten russischen Provinzen zu tun. Eine allgemeine Verschwörung kann nicht der Dank für die den Polen erwiesenen Wohltaten sein. Daß die Russen in einzelnen Fällen die Polen „unzart drückten“ und Kaiser Alexander ihnen übereilt unerfüllte Versprechen gab, kann die blutige Empörung kaum rechtfertigen. Wenn jede Beschwerde Mord und Aufruhr rechtfertigt, wird Europa schnell seinem Untergang entgegengehen.

7. Dennoch hat sich die öffentliche Meinung mehr für als gegen Polen erklärt, weil sie sich nach dem Eindruck des Augenblicks richtet und sich nicht um das Aufzeigen der Ursachen bemüht. Eine Hauptschuld trifft Frankreich, das die polnische Gärung begünstigt, um Rußland, Österreich und Preußen zu beschäftigen und dadurch den Blick von seinen Handlungen abzulenken. Die

Behauptung, daß durch Polens Teilung das Gleichgewicht in Europa gestört sei, wird durch die französische Annexion von Elsaß und Lothringen – diese sieht man in Paris nicht als Gefährdung des Gleichgewichts an – entkräftet. Es befremdet nicht, derartige Ansichten bei Franzosen zu finden. Um so bedenklicher ist es, wenn Deutsche so etwas ungeprüft nacherzählen. Das beweist nur, „daß unsere Gaue reicher an juristisch gewissenhaften Leuten als an Staatsmännern sind“.

8. Ein von Rußland unabhängiges Polen verliert seinen größeren Markt in den Provinzen des Zarenreichs. Preußen muß ihm gegenüber seine Wirtschaft durch Zölle schützen. Es hat von einem unabhängigen Polen militärisch keine Vorteile zu erwarten, weil die russischen Punkte Białystok, Grodno und Kauen (Kaunas) nur wenige Märsche von der preußischen Grenze entfernt sind. Nach wie vor bleibt das Zarenreich von Georgenburg bis Polangen sein unmittelbarer Grenznachbar. In einem Krieg mit Rußland findet Preußen in Polen keinen nützlichen Verbündeten. Die Lockung, es mit dem Erwerb früherer polnischer Provinzen in Rußland zu ködern, verfängt nicht, weil die Russen in diesem Fall die Begehrlichkeit der Polen auf das preußische Teilungsgebiet lenken. Was ist für einen Thron in Warschau wichtiger: Wilna oder Danzig? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Preußen wird sich dadurch sein eigenes Grab bereiten, zumal Polen nach den für seine Entwicklung notwendigen Seeküsten strebt, von deren Besitz Preußens europäische Geltung zum größten Teil abhängt. Der polnische Charakter und die polnische Geschichte geben keine Garantie dafür, daß sich ein unabhängiges Polen mit dem Besitz von Kongreßpolen begnügt. Die unruhigen Unternehmungen der Polen dienen nicht der Verbesserung der Lage der Bauern, sondern gründen sich auf den Unwillen ungebildeter Menschen, die sich nicht in die Formen des Gesetzes und der Ordnung einfügen wollen. Polen hat wohl einzelne europäische Gebräuche, aber nicht die sittliche Kultur Europas angenommen. Angesichts dieser mangelnden moralischen Grundlagen darf Preußen nicht an einem Austausch von Sachsen gegen Posen zur Vergrößerung des Königreichs Polen mitwirken. Dieses kann mit dem Besitz Posens Preußen im Falle eines Krieges mit Österreich geradezu Gesetze vorschreiben, weil es alle preußischen Kriegsstellungen in Schlesien im Rücken bedroht. In einem Krieg Preußens mit Frankreich wird die Lage insofern besonders prekär, als dadurch ersteres die einzige Verbindung zwischen Schlesien und Ostpreußen eingebüßt hat. „Posen aufgeben ist ebenso viel, als wenn man die Kurtinen zwischen zwei Bollwerken dem Feinde einräumt.“

9. An den polnischen Revolutionen sind nur der Adel, einige begünstigte Bürger in den großen Städten und der Pöbel beteiligt. Sie reißen Bauern und kleine Bürger mit Gewalt mit. Wenn Preußen den Bauern begünstigt, kann man ihn sich ganz zu eigen machen. Es ist eine der sonderbarsten Zeitinkonsequenzen, daß Menschen, die in anderen Ländern jede Spur des Adels vertilgen wollen, in Polen dessen zügellosem Treiben gerade das Wort reden.

10. Preußen kann sich von Frankreich nicht in eine ängstliche Neutralität

gegenüber den polnischen Aufständischen drängen lassen. Angesichts der ihm in den Jahren 1807 und 1813 geleisteten russischen Hilfe ist es zu deren Wiedervergeltung gegenüber dem Zarenreich verpflichtet.

11. Hierbei handelt es sich nur um die Ausführungen eines Privatmanns. Geurteilt werden kann darüber allein vom höheren Standpunkt der Regierung aus. In der Außenpolitik muß man zwischen Bündnissen unterscheiden, die aus augenblicklicher Not entstanden sind, und Allianzen, die auf dauernden gemeinschaftlichen Interessen beruhen. Allein die preußischen Staatszwecke legen hier den Weg fest, die sich aus dem Entwicklungsgang Preußens ableiten.

12. Angesichts des Zerfalls des Deutschen Reiches und Polens hat das Zeitbedürfnis den Aufbau eines neuen selbständigen Staates aus deutschen und polnischen Trümmern gefordert, der zugleich den Schutz der protestantischen Kirche auf dem Kontinent übernehmen kann. Daraus ergibt sich, daß die Wiederherstellung Deutschlands oder Polens der Existenz Preußens zuwider ist, das aus den ihm zugewiesenen Ländern ein neues Volk bilden soll. Für Preußen ist eine nach evangelischen Grundsätzen geordnete Landesverwaltung mit „einfacher Hofsitte, strenger Gerechtigkeit und besonderem Schutz der unteren Stände“ das maßgebende Prinzip, wofür die Regierungen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. Beispiele bieten. Seine Interessen erfordern vor allem die Sicherung seiner östlichen Landesteile von Memel bis Swinemünde angesichts der veränderten innerpolnischen Verhältnisse. Die jetzigen ostpreußischen Grenzen erschweren wegen der geringen Tiefe des Landes eine angemessene Verteidigung. Die zurückliegende Grenze von Posen hindert den direkten Verkehr zwischen Oberschlesien und Ostpreußen in kommerzieller und militärischer Hinsicht. Hier sind Erwerbungen nützlich, vor allem hinsichtlich des freien Gebrauchs des Narew, was für den westlichen Teil der Monarchie mit den guten Verteidigungslinien in Jülich, Luxemburg und Saarlouis nicht erforderlich ist. Daraus ergibt sich, daß nicht Österreich und Frankreich, sondern Rußland der geeignete Verbündete Preußens ist. England wird eine derartige Allianz immer schonend behandeln, weil es im Kriegsfall bei der Verproviantierung seiner Flotte auf beide Mächte angewiesen ist.

13. Im Interesse für Europas Ruhe muß das jetzige Königreich Polen bedeutend verkleinert werden. Sinnvoll ist seine Aufteilung in mehrere kleinere Staaten, denen man unbesorgt ihre Verfassung lassen kann. Die Hauseigentümer von Warschau sollen eine Kontribution von zehn Millionen Talern erlegen und den Aufrührern unter den Gutsbesitzern ein entfernter Aufenthalt in Rußland angewiesen werden. Vor allem in der Provinz Posen muß Preußen seine Herrschaft auf die Begünstigung und Bildung des Bauernstandes gründen.

Die zweite Denkschrift¹⁶, gleichfalls eigenhändig von Boyen konzipiert, enthält den Hinweis auf einzelne glückliche Gefechte der Polen und den Aus-

¹⁶ GStAPK, I. HA Rep. 92 NL Boyens, Nr. 414.

bruch von Aufständen in Litauen und Wolhynien. Sie könnte möglicherweise auf die Zeit zwischen der unentschiedenen Schlacht bei Grochów (25. Februar 1831) und der ersten schweren Niederlage der Insurgenten bei Ostrołęka (26. Mai 1831) datiert werden, in der die polnische Aufstandsbewegung ihre größte räumliche Ausdehnung erlangte.¹⁷ Mit der Absetzung der Dynastie der Romanows hatte die Nationalregierung endgültig das Band mit Petersburg zerschnitten. Die polnischen Erfolge fanden große Resonanz in Frankreich und England, aber auch – wie erwähnt – beim deutschen liberalen Bildungsbürgertum. Ganz gleichgültig – so Boyen in seiner Denkschrift – habe man am Ufer der Spree „über die mögliche Abtretung unserer ältesten Provinzen“ gesprochen. Überall huldige man den beiden augenblicklichen Liebhabereien, „Wiederherstellung von Polen und Entfernung von Rußland“. Diese Strömung werde durch englische Flugblätter gefördert, die das Zurückdrängen der kolossalen Übermacht Rußlands forderten. Man müsse nach den Ursachen dieser Furcht in einem Inselstaat forschen, zu dem doch „die Kosaken und Baschkiren nicht hinschwimmen können“. Er sehe darin nur einen der „Spießbürgerpolitik des Kontinents“ hingeworfenen Köder; der wahre Grund sei der Neid Londons auf die mögliche Entwicklung der russischen Marine. Das Zarenreich habe vielleicht mehr Defensivkräfte als irgendein anderer europäischer Staat, was durch seinen ungeheuren Raum und die klimatischen Verhältnisse begünstigt werde, seine offensive Stärke erweise sich dagegen keineswegs als so überzeugend. Vielleicht schwingt in der „Russenfurcht“ der Bevölkerung die Erinnerung an „manches harte Benehmen der russischen Einquartierung“ in der Vergangenheit mit. Möglicherweise hätten auch Rußlandreisende negative Eindrücke über die inneren Verhältnisse dieses Reiches vermittelt. Über eine Allianz zweier Mächte könnten aber keine Emotionen, sondern nur ein rationales Abwägen des Für und Wider entscheiden.

Die Schwäche der Polen liege in einem unbesonnenen Trotz, der jeden friedlichen Ausgleich mit Rußland unmöglich mache. Ihre Versicherung, ein gutes Verhältnis zu Preußen anzustreben, werde durch das Benehmen eines großen Teils des Adels im Posenschen und in Westpreußen widerlegt. „Die Polnische Tendenz spricht nicht allein von dem Wiedergewinn der Ostseeküste, sie sagt auch ganz unverhohlen, daß Schlesien ehemals eine polnische Provinz war.“ Ein unabhängiges Polen werde mit Sicherheit ein Bündnis mit Frankreich schließen, was für Preußen eine der nachteiligsten Folgen sei. Es würde leicht über 200000 Kombattanten gebieten, wodurch vor allem England einen vollständigen Ersatz für die von ihm gemieteten deutschen Kontingente erhalte. Ein weiterer negativer Faktor sei die ungünstige Grenzlage Preußens, umfasse doch Polen auf drei wichtigen militärischen Linien, von Georgenburg

¹⁷ Vgl. STEFAN KIENIEWICZ, ANDRZEJ ZAHORSKI, WŁADYSŁAW ZAJEWSKI: *Trzy Powstania Narodowe – kościuszkowskie, listopadowe, styczniowe* [Drei nationale Aufstände – der Kościuszko-, der November- und der Januaraufstand], Warszawa 1992, S. 196 ff.

bis Augustowa, von Augustowa bis Plock und von Plock bis Tschenstochau (Czestochowa) die östliche Hälfte der Monarchie.

Den Erklärungen der Befürworter einer polnischen Unabhängigkeit darf nach Boyen kein Glauben geschenkt werden, weil ein solcher Staat, z. B. in einer Allianz mit Frankreich, Preußen gefährlich werden kann. Man müsse einer derartigen, für Preußen nachteiligen neuen Staatenbildung entgegentreten, weil es später an Mitteln und am Recht dazu fehle. Eine Trennung Polens von Rußland schwäche letzteres nur scheinbar; für Preußen sei eine lange gemeinsame Grenze mit dem Zarenreich die Grundlage einer einfachen Politik, zumal dessen Haupttendenz immer das Schwarze Meer und Asien sei. Preußischerseits könne lediglich eine fortdauernde Schutzverbindung Polens mit Rußland in Kauf genommen werden. Weniger als die Wiedererlangung des gesamten Süd- und Neustpreußen sei eine vorteilhaftere Grenzziehung von Schlesien bis Ostpreußen wünschenswert, die vor allem durch Flüsse markiert werde. Eine derartige „nasse“ Grenze biete Preußen die Möglichkeit, ohne Zersplitterung seiner Kräfte mit einer Armee einen guten Verteidigungskrieg zu führen. Die Nähe dieser neuen Grenze zu Warschau zügle überdies „den unruhigen Geist des neu gebildeten Staates“. In diesem Zusammenhang stellt Boyen die Frage, ob es angesichts des unruhigen Charakters der polnischen Nation überhaupt geraten sei, neue Erwerbungen in diesem Land zu machen. Weil nach seiner Meinung die Bildung der Staaten nicht nach der Empfindung eines Augenblicks, sondern unter dem Aspekt der Zukunft beurteilt werden muß, ist der Erwerb eines Landes oder der „Erdscholle“ diesem Gesichtspunkt unterzuordnen, selbst wenn die dort lebenden Menschen schlechte Untertanen sind. Wenn sich Österreich durch die langen Empörungen in Ungarn und Böhmen hätte abschrecken lassen, wäre es nicht mehr im Besitz dieser Länder und sicherlich auch seiner eigenen Staatlichkeit verlustig gegangen. Alle Staaten Europas seien mehr oder weniger auf diesem Weg entstanden. Zur Erhaltung des notwendigen Gleichgewichts müßten sich die mittleren Staaten von Zeit zu Zeit durch derartige Landinkorporationen verstärken und dabei ihre neuen Untertanen gerecht und väterlich behandeln, wobei die Zeit das übrige ausgleiche. Diese Methode habe Preußen in seinem polnischen Anteil erfolgreich genutzt, weil der polnische Bauer nicht unempfänglich für eine menschliche Behandlung sei und sich an Ordnung gewöhne. Anders sehe das allerdings beim polnischen Adel aus, der die Wiederherstellung der früheren Adelsouveränität anstrebe, die ein leibliches Geschwisterkind der in Mode gekommenen Volkssouveränität sei.

Beide seien praktisch unausführbar und Keime künftigen Unheils. Geeignete Mittel zur Eindämmung aller dieser Ambitionen seien die Errichtung von Dorfschulen und die Verteilung der ausgehobenen Rekruten auf andere Provinzen, „damit sie nicht allein deutsche Sprache, sondern auch bessere Sitten lernen“. Wenn die russische Regierung die Polen aufs neue begünstigen wolle, sollte sie nach den vorgeschlagenen Modalitäten ein Großherzogtum War-

schau, ein Fürstentum Bialystok und ein Fürstentum Litauen errichten, jedes unter eigenen Regenten und unter der Garantie der drei Teilungsmächte. Allerdings müsse die Seeküste zu Rußland oder zu Preußen geschlagen werden. An die Adresse des Zaren Nikolaus richtet Boyen abschließend den Vorschlag, den treu gebliebenen oder sich unterwerfenden Bauern durch Gunsterweise der Sache des Adels und des Warschauer Reichstages zu entziehen, weil man in Volkskriegen selbst bei überwiegenden Streitmitteln niemals versäumen dürfe, sich im Lande eine Partei zu schaffen und die Bevölkerung dadurch zu trennen.

Die hier vorgestellten Gedanken und Reflexionen geben Aufschluß über das „Polenbild“ Boyens, das einen heutigen Leser negativ anmutet, weil es in seiner Präsentation die Vorstellung von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen einem von „einfacher Hofsitte, strenger Gerechtigkeit und besonderem Schutz der unteren Stände“ bestimmten Preußen und einem in Anarchie versinkenden und der Adelswillkür preisgegebenen Polen widerspiegelt. Für Boyen ist der Staat der Hohenzollern die unabdingbare Folge des Zerfalls des Heiligen Römischen Reiches und der polnischen Adelsrepublik. Das Zeitbedürfnis habe den Aufbau eines neuen selbständigen Staates aus deutschen und polnischen Trümmern gefordert, der zugleich den Schutz der protestantischen Kirche auf dem Kontinent übernehmen könne. Das bedeutet, daß die Wiederherstellung Deutschlands oder Polens der Existenz Preußens zuwider sei, das aus den ihm zugewiesenen Ländern ein neues Volk bilden solle. Hierin zeigt sich eine extreme preußische Staatsidee, die sowohl der von den Liberalen postulierten Schaffung eines deutschen Bundesstaates als auch der aus ganz anderen Wurzeln entstandenen polnischen Nationalbewegung eine Absage erteilt. Die konträre Entwicklung der beiderseitigen Nationsbegriffe war Boyen in ihrer Tragweite nicht bekannt.¹⁸ Während der erstere auf dem in Frankreich entwickelten und im rheinischen Liberalismus verankerten Prinzip des Zusammenfalls von Staat und Nation beruhte und im wesentlichen von Westen und Süden her, über den Kopf Preußens hinweg das deutsche Einigungswerk vollbringen wollte¹⁹, hatten für die Ausbildung des polnischen Nationalbewußtseins die Verfassung vom 3. Mai 1791, in der erstmals die „Nation“ als einziges wichtiges Subjekt erschien, und der Aufstand von 1794/95 – ihn hatte Kościuszko nicht als Adelskonföderation, sondern als Volkserhebung nach französischem und amerikanischem Muster proklamiert – zentrale Bedeutung. Trotz seines Scheiterns hatte der Kościuszko-Aufstand die Festigung des polnischen Nationalbewußtseins bewirkt, dessen Ziel die Beseitigung der Teilung und die Wiedererlangung der Unabhängigkeit war. Zwar dominierte in der 1815 erneut geteilten Nation weiterhin der Adel, gerade im Novemberaufstand 1830/31 zeigte sich jedoch ein Übergreifen des polnischen Nationalgefühls auf

¹⁸ Vgl. dazu ZERNACK (wie Anm. 7), S. 132f.

¹⁹ Vgl. HANS ROTHFELS: Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke, Leipzig 1935, S. 9f.

intellektuelle Schichten, die durch eine größere Mobilität der Gesellschaft innerhalb der jungen Generation gefördert worden war.²⁰ Die Entwicklung zur ständelosen, sprachlich bestimmten nationalen Gemeinschaft ging konform mit der Ausformung eines neuen Geschichtsbewußtseins, das die Wiederherstellung Polens in den Grenzen der alten Adelsrepublik von 1772 verherrlichte und ein zu errichtendes ethnisches Polen anstrebte, das auch niemals zum polnischen Staatswesen gehörende Volksgruppen wie die Masuren umfassen sollte.²¹

Wie Schön hat Boyen die Triebkräfte der polnischen Nationalbewegung nicht erkannt oder konnte sie vielleicht auch nicht erkennen. Ihm war nicht bewußt, daß für den preußisch-polnischen Antagonismus die unterschiedlichen geschichtlichen Individualitäten, die verschiedenen Wurzeln entstammten, verantwortlich waren. Während sich in Polen der Grundsatz verwirklichte, daß der Staat den Zielen der Gesellschaft zu dienen habe, ordnete Preußen die Gesellschaft völlig den Interessen des Staates unter. Der republikanischen Freiheit des polnischen Adels stand der absolut regierte und verwaltete preußische Staat gegenüber. Polen breitete sich durch eine „Union von Freien mit Freien, von Gleichen mit Gleichen“ von Meer zu Meer aus, Preußen zementierte seine staatliche Größe mit „Blut und Eisen“.²²

Seine Reflexionen über Polen stellte Boyen unter den Aspekt des Verhältnisses von Staat und Nation. Nach seiner Auffassung konnte nur ein selbständiger, in sich gefestigter Staat eine eigene Nationalität entwickeln. Unter dem Einfluß der rationalistischen Teleologie und der idealistischen Philosophie sieht er in den Staaten und Völkern moralische Persönlichkeiten, deren Schicksal davon abhängt, ob sie dem Gang der Vorsehung folgen oder nicht. Das ständige Entstehen von Völkern und Staaten und ihr Untergang, nachdem ihre Aufgabe erfüllt ist, steht für ihn im Einklang mit der naturrechtlichen Weltanschauung. Durch das „ewige Gebären neuer Staaten aus alten Volkstrümmern“ schreite das menschliche Geschlecht in seiner Entwicklung fort.²³ Die Bemerkung, die Erhaltung eines nicht mehr zur wirklichen Selbständigkeit fähigen Staates aus gemüthlicher Neigung für das Bestehende sei einer der größten politischen Fehler, bezieht sich auf Polen, kann aber auch für die Türkei gelten, die er gleichfalls für nicht mehr lebensfähig hielt.²⁴ Boyens Tendenz, einen polnischen Staat von der Landkarte zu streichen – 1795 hatte er sich darüber noch anders geäußert – findet sich auch bei Leopold von Ranke. Dieser

²⁰ SKOWRONEK (wie Anm. 7), S. 37 ff.

²¹ NORBERT KASPAREK: Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej lat 1795–1847 [Ostpreeußen in der polnischen politischen Meinung der Jahre 1795–1847], Olsztyn 1995, S. 166 f.

²² Vgl. STEFAN HARTMANN: Die Preußentradition in der polnischen Historiographie, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte NF 5 (1995), S. 147–156, hier S. 149.

²³ Vgl. MEINECKE (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 413.

²⁴ Ebenda, S. 436 f.

berücksichtigte im Jahre 1830/31 Polen im System der existierenden Mächte nicht und räumte ihm auch in seinen Erwägungen über die Zukunft keinen Platz ein. Bedenklicher war noch, daß er Polen bereits mehrere Jahre vor seiner Aufteilung als nicht mehr existent betrachtet hatte. Polen war für ihn allenfalls interessant als Objekt der preußischen Politik.²⁵

Im Einklang mit Boyens Erkenntnis, daß alles, was seinen Zweck verfehlt habe, sterben müsse²⁶, steht seine Betrachtung der polnischen Geschichte. Er sieht sie als eine Kette ineinanderwirkender negativer Faktoren, die den Untergang der Adelsrepublik zwangsläufig begründeten.

Ein unvoreingenommener Leser gewinnt hier den Eindruck, daß der Untergang Polens und seine endgültige Aufteilung ein Gebot der Zeitverhältnisse gewesen seien. Polen habe vor allem durch seinen zügellosen Adel und die Ohnmacht seiner Könige den Weg dafür bereitet. Polen mußte ausgelöscht werden, weil es einen ständigen Unruheherd nicht nur für seine unmittelbaren Nachbarn, sondern auch für das gesamte europäische Staatensystem darstellte. Ausgeblendet bleiben die positiven Elemente der polnischen Geschichte. Beispielsweise wird nicht erwähnt, daß das Doppelreich Polen-Litauen unter Sigismund III. und Władysław IV. die Funktion einer christlichen Vormauer erfüllte und Jan Sobieski 1683 an der Spitze eines christlichen Entsatzheeres Wien befreite. Unbekannt sind Boyen die Reformansätze in der Sachsenzeit, u. a. im Schul- und Bildungswesen und in der Wirtschaft unter dem Einfluß eines reformierten Sarmatismus, wobei der Thronwechsel von 1764 keine entscheidende Zäsur darstellte, weil Stanislaus August in vielem an seine wettinischen Vorgänger anknüpfte.²⁷ Polen war nicht erst nach dem Hubertusburger Frieden, sondern schon seit dem „stummen“ Reichstag 1717 russischer Willkür unterworfen und allmählich in ein Protektorat des Zarenreiches umgewandelt worden. Seit 1720 gab es feste Absprachen zwischen Petersburg und Berlin zur Erhaltung des anarchischen Zustands im Innern der Adelsrepublik, wobei Preußen der Juniorpartner Rußlands war. Ohne so weit gehen zu wollen, Preußen als „Garanten der negativen Polenpolitik“ zu bezeichnen²⁸, war dieses doch in langen Phasen des 18. und erst recht im 19. Jahrhundert an einem guten Verhältnis zum Zarenreich interessiert. Bei Boyen tritt dagegen der Einfluß Österreichs gegenüber der Rolle Preußens in Polen stärker hervor. Erst unter Friedrich dem Großen rückt er diese deutlicher in den Vordergrund, wo-

²⁵ GERARD LABUDA: Preußisch-polnische Beziehungen im historiographischen Werk Leopold von Rankes, in: Preußen und Berlin. Beziehungen zwischen Provinz und Hauptstadt, Lüneburg 1981, S. 50 ff.

²⁶ Vgl. MEINECKE (wie Anm. 2), S. 413 f.

²⁷ Vgl. dazu zuletzt JACEK STASZEWSKI: „Jak Polskę przemienić w kraj kwitnący ...“ Szkiecy i studia z czasów saskich [„Wie kann man Polen in ein blühendes Land verwandeln ...“ Skizzen und Studien zur Sachsenzeit] (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie, Nr. 168), Olsztyn 1997.

²⁸ Vgl. KLAUS ZERNACK: Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994, S. 256 ff.

bei er dessen Maßnahmen realpolitisch zu begründen versucht. Den Protest des polnischen Adels und der katholischen Geistlichkeit gegen die von Rußland und Preußen unterstützten Dissidenten, womit vor allem Petersburg seine schrankenlose Machterweiterung in der Adelsrepublik betrieb, erklärt er mit bischöflichem Fanatismus, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß die sich daraus entzündende Aufstandsbewegung der Konföderation von Bar die Vorstufe der polnischen Insurrektionen des späten 18. und des 19. Jahrhunderts bildete und bleibende Bedeutung für das erwachende Nationalgefühl der Polen hatte.²⁹ Auch den Anteil Friedrichs an der ersten Teilung Polens sieht er ganz unter pragmatischen Gesichtspunkten, habe dieser doch dadurch 2000 Quadratmeilen dem russischen Einfluß entzogen. Diese Begründung war nur scheinbar folgerichtig, ging es doch dem König in Wirklichkeit um die Schließung der Landbrücke zwischen Ostpreußen, Pommern und Brandenburg. Ganz utopisch ist der Hinweis auf den Versuch Friedrichs, dem noch übriggebliebenen Polen die Gelegenheit einer selbständigen Entfaltung zu geben. Vielmehr erfolgten die Reformen auf Veranlassung des polnischen Reichstags und des Königs Stanislaus August, wobei die Bildung der Erziehungskommission als erster weltlichen Erziehungsbehörde Europas das herausragendste Ergebnis war.³⁰

Alle diese Beispiele belegen, wie fern Boyen der Mentalität der polnischen Adelsgesellschaft stand, deren Kultur sich im Sarmatismus ausprägte und die den Katholizismus mit der Adelsfreiheit verband. Wie Schön sah er im Ringen der polnischen Nation um die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit nur die „Unkultur“ des Polentums, die er in dessen mangelnder Gesittung, aber nicht in der politischen Unfreiheit bestätigt fand. Nach 1795 habe es dem polnischen Adel an Einsicht gefehlt, „die Gebrechen des untergegangenen Staates mit dem Gewinn der neuen Regierungen (d. h. der Teilungsmächte) unparteiisch zu vergleichen“. Boyen wurzelte trotz seiner Ablehnung des altständischen Prinzips, die ihn in vielen Bereichen – u. a. in der Heeresverfassung – als einen Anhänger reformerischer und liberaler Ideen kennzeichnete, gerade im Blick auf das Verhältnis der Untertanen zu ihrem Landesherrn tief in einem patrimonial-konservativen Gedankengut, welches das Nationalgefühl des einzelnen Untertans geringer wertete als dessen Bindung an eine neue Regierung durch den geleisteten Treueid. Das gelte auch für polnische Untertanen, die von dem ihnen gewährten Abzugsrecht keinen Gebrauch gemacht hätten. Er sieht daher im Ausbruch des Novemberaufstands keine edlen Motive, sondern nur die Treulosigkeit der Polen gegenüber den ihnen erwiesenen Wohltaten. Weil – wie erwähnt – nach seiner Ansicht die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Polens unvereinbar mit der Existenz Preußens war, durfte

²⁹ STEFAN HARTMANN: Friedrich der Große und die polnische Konföderation von Bar (1768–1772), in: *ZfO* 44 (1995), S. 159–190.

³⁰ RHODE (wie Anm. 7), S. 316f.

es zu keiner Lösung der polnischen Frage kommen. Seiner preußischen Staatsräson entsprach die Aufrechterhaltung des Status quo, d. h. die Zementierung der Teilungen. Allenfalls konnte er sich Grenzkorrekturen zugunsten Preußens vorstellen, die dessen Verteidigungsbedürfnis besser entsprachen; als ehemaliger Kriegsminister argumentierte er häufig mit militärischen Gesichtspunkten.

In seiner zweiten Denkschrift, die unter dem Eindruck der Erfolge der polnischen Insurgenten steht, ist seine Besorgnis über ein unabhängiges Polen noch gewachsen. Die daraus entstehenden Gefahren für Preußen könnten angesichts der polonophilen Haltung Frankreichs und Englands nur durch ein festes Bündnis mit Rußland gebannt werden. Er sucht daher, der Russenfurcht in der intellektuellen und liberalen Gesellschaft Preußens und vor allem Berlins mit dem Hinweis auf die geringere Offensivkraft des Zarenreichs und dessen Hauptinteresse an einer Expansion in Asien entgegenzutreten. Ein unabhängiges Polen werde mit Sicherheit ein Bündnis mit Frankreich schließen, nach dem Wiedergewinn der Ostseeküste streben und Anspruch auf Schlesien erheben, mit der Begründung, daß dieses ehemals eine polnische Provinz gewesen sei. Im Gegensatz zu vielen anderen Äußerungen Boyens, die eher utopischen Charakter hatten, hat er hier nahezu prophetischen Weitblick entwickelt, waren doch seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Streben zum Meer und der Drang nach Westen die Hauptakzente der in einem ethnisch determinierten Polen gipfelnden polnischen Nationalbewegung.³¹ Schon in seiner ersten Denkschrift hatte Boyen die Frage gestellt, ob Wilna oder Danzig für einen polnischen Thron in Warschau wichtiger sei. Die Antwort konnte unter dem obengenannten Aspekt für ihn nicht zweifelhaft sein. Nach seiner Auffassung wirkte sich eine Trennung Polens von Rußland auf Preußen nachteiliger als auf das Zarenreich aus. Lediglich eine fortdauernde Schutzverbindung Polens mit Rußland könne preußischerseits in Kauf genommen werden, wobei unter Polen immer Kongreßpolen und nicht etwa das preußische Teilungsgebiet verstanden wird. Daneben erneuerte er seinen alten künstlichen Gedanken von der Errichtung kleiner Zwischenstaaten in Russisch-Polen wie des Großherzogtums Warschau und der Fürstentümer Białystok und Litauen, die mit eigenen Regenten unter der Garantie der drei Teilungsmächte stehen sollten, ohne dabei zu bedenken, daß die Expansionskraft Rußlands vor diesen nicht lebensfähigen Zwitterstaaten nicht stehengeblieben wäre.³²

Boyen rechtfertigt die Annexion polnischer Gebiete unter den Aspekten des Staatsinteresses und des Gleichgewichts der Mächte. Alle europäischen

³¹ Vgl. WOJCIECH WRZESIŃSKI: Warmia i Mazury w polskiej myśli politycznej w XIX i XX wieku [Ermland und Masuren im polnischen politischen Denken des 19. und 20. Jhs.], in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, Nr. 1–2 (1982), S. 3–14. Dazu auch HANNA LABRENZ: Das Bild Preußens in der polnischen Geschichtsschreibung (*Historische Forschungen*, 16), Rheinfelden 1986.

³² Vgl. MEINECKE (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 380.

Staaten seien auf diesem Wege entstanden, wobei man sich durch die Empörungen der neuen Untertanen nicht abschrecken lassen dürfe. Man müsse allerdings diese gerecht und väterlich behandeln, wobei die Zeit das übrige „ausgleiche“. Hier stand Boyen ganz im Einklang mit den Ideen des Naturrechts, die im Staat den „willkürlichen Vertrag einer beliebigen Anzahl Menschen“ sah, den man beliebig vergrößern konnte.³³ 1795 hatte er sich noch positiver über die Existenz Polens geäußert, wofür die damals anderen machtpolitischen Verhältnisse und möglicherweise ein stärkerer Idealismus, der im Laufe der Jahre einem zunehmenden Pragmatismus und Rationalismus wich, verantwortlich gewesen sein dürften. Alle politischen, wirtschaftlichen, nationalen und sozialen Fragen ordnete er seiner sich verfestigenden preußischen Staatsidee unter. Das zeigt sich auch in seiner Ablehnung der polnischen Adelssoveränität, die er mit der Volkssouveränität gleichsetzt. Sowohl die Herrschaft eines Standes als auch die des ganzen Volkes gefährdeten seiner Ansicht nach die Harmonie zwischen Königtum, Volk und Individuum, die die Grundvoraussetzung für einen lebensfähigen, selbständigen Staat sei.³⁴

Ein immer wieder bei Boyen auftretender Aspekt ist die Gewinnung der polnischen Bauern für die preußische Staatsidee. Das schien ihm vor allem in der vom polnischen Adel dominierten Provinz Posen angebracht zu sein. Dies konnte seiner Meinung nach am besten durch die Errichtung von Dorfschulen und die Verteilung der ausgehobenen Rekruten auf andere Provinzen geschehen. Das erinnert an eine Äußerung Schöns zur Zeit des Novemberaufstands, man hätte um Posen unbesorgt sein können, wenn man „gleich nach der Occupation, statt Häuser zu bauen und Landgestüte zu errichten, Dorfschulen angelegt hätte“.³⁵ Boyen wie Schön hielten die Förderung des ländlichen Elementarschulwesens für den geeigneten Weg, um die Bauern aus dem tiefen Kulturzustand herauszuführen und sie gesinnungsmäßig einzustaatlichen. Dadurch sollte ein Gegenwicht gegen den revolutionären Adel geschaffen werden, in dem man den Hauptträger der polnischen Nationalbewegung sah. Preußen sollte sich auf ein loyales Bauerntum stützen können, während den Auführern unter den Grundbesitzern ein „entfernter Aufenthalt“ in Rußland angewiesen werden sollte. Boyen regte die Ansiedlung deutscher Kolonisten auf den zwangsweise ausgekauften Gütern der Verschwörer an, Gedanken, die in die Ansiedlungspolitik Flottwells im Posenschen einfließen.³⁶ Die realitätsfernen Erwägungen Boyens waren wie die Flottwellsche Politik zum Scheitern verurteilt, weil sie nicht bedachten, daß durch eine von oben verordnete preußische Kulturpolitik gerade das Gegenteil von dem erreicht wurde, was man eigentlich wollte, nämlich die Förderung des nationalpolnischen Bewußtseins

³³ Vgl. LEHMANN (wie Anm. 4), S. 459.

³⁴ MEINECKE (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 340f.

³⁵ GStAPK, XX. HA, Rep. 300 Brünneck I, Nr. 94, 17. 4. 1831.

³⁶ Vgl. MEINECKE (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 439; PAPROCKI (wie Anm. 9), S. 125ff.

der Unterschichten. Hier zeigt sich erneut, wie schwer die besondere Spezifik des polnischen Nationalcharakters durch die preußische Brille zu erkennen war. Eine derartige Betrachtung erschöpfte sich in der Regel in den Kriterien „Zügellosigkeit, Trotz, asiatische Sitten des Adels, Herren und Sklaven etc.“ Eine Symbiose mit dem wohlgeordneten, wohlverwalteten und gutregierten Preußen war demnach nur denkbar, wenn man dessen Lebensformen übernahm.

Nun ist die Frage zu stellen, wie Boyen zu seinem überwiegend negativen Polenbild gekommen ist. Dafür sind sicherlich eigene Erlebnisse im polnischen Feldzug 1794/95, seine preußische Staatsidee und nationale Stereotypen verantwortlich gewesen. Am 22. April 1834 schrieb er, der polnische Adel habe zwar sehr gute körperliche und auch geistige Anlagen, alles Erlernen, z. B. das fremder Sprachen, gelinge ihm gut, er sei großer Opfer und kühner Taten fähig, nach dem Verrauchen des ersten Feuers handle er aber, oft auf eine unwürdige Art, nach seinen Privatinteressen. Weil er gewöhnt sei, alles von seinen Untergebenen mit Gewalt zu erzwingen, habe sich bei ihm das Gefühl des Mitleids und der Dankbarkeit nur wenig entwickelt. Eine höfliche Behandlung seitens der Vorgesetzten halte er größtenteils für Schwäche. Das Fehlen eines gebildeten Bürgerstands, dessen geistige Kraft ihm etwas Achtung abgenötigt hätte, bilde bei ihm einen „beynahe erblichen Übermuth und einen sehr bemerklichen Mangel alles Sinnes für Gehorsam und bürgerliche Ordnung aus, und doch sind diese in der Regel so stolzen und übermütigen Leute da, wo ihre Interessen es zu erheischen scheinen, einer Kriecherey fähig (was sie dann Klugheit nennen), von der der Deutsche keinen Begriff hat“.³⁷ Weitere Gegenstände der Boyenschen Kritik an der polnischen Adelsgesellschaft waren „die in Deutschland nicht gekannte Stellung der polnischen Edelfrauen und ihr Einfluß, den sie auf die Männer und die Geschäfte ausüben“, sowie die Rückständigkeit der Geistlichkeit, die auch eine „treue Anhängerin der alten polnischen Einrichtung“ sei.³⁸

Der borussischen Staatsvorstellungen verpflichtete Boyen trat wie der ihm geistesverwandte Schön den polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen mit Unverständnis gegenüber. In ihnen sah er eine Bedrohung für Preußens Existenz, die nach seiner Auffassung mit der Nichtlösung der polnischen und der deutschen Frage verbunden war. Nur mit Hilfe eines engen Bündnisses mit Rußland glaubte er diesen Gefahrenherd bannen zu können. Hier zeigt sich eine nationalpreußische Einstellung, die die Frage, wie sich das Verhältnis Preußens zu Deutschland gestalten sollte, aussparte. Für ihn bestand insofern kein Junktim zwischen der deutschen und der polnischen Frage, als er die Lösung beider ablehnte. Erst mit der Revolution von 1848 und der kleindeut-

³⁷ Erinnerungen aus dem Leben des General-Feldmarschalls Hermann von Boyen, hrsg. von FRIEDRICH NIPPOLD, T. 1, Leipzig 1889, S. 96.

³⁸ Ebenda, S. 97 ff.

schen Lösung unter Führung Preußens sollte sich das ändern und die Polenpolitik Bismarcks entscheidend beeinflussen.³⁹ In ihr finden sich viele Anklänge an das Gedankengut Boyens und Schöns, das Bismarck unter dem Einfluß der veränderten Zeitverhältnisse weiterentwickelte. Polen war für Boyen nur insoweit interessant, als sich seine inneren Verhältnisse negativ auf Preußen und dessen Position in Deutschland und Europa auswirken konnten. Es ging ihm vor allem um den Erhalt und die Festigung der preußischen Macht, die durch einen Sieg der Insurgenten erschüttert werden konnte. In der unklaren Situation nach den ersten militärischen Erfolgen der Aufständischen erschien die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates möglich und damit eine Erschütterung des Mächtesystems, das auf dem Wiener Kongreß geschaffen worden war, vorprogrammiert. Diese Befürchtung suchte er durch ein negatives Polenbild zu untermauern, das von Stereotypen nicht frei war.

Seine Wurzeln stammen nicht aus dem 19. Jahrhundert, sondern liegen weiter zurück. Sie kennzeichnen das preußisch-polnische Verhältnis als eine Erscheinung, die in der Geschichte ihresgleichen sucht. So war die Stärkung der einen Seite ursächlich immer mit der Schwächung der anderen verbunden, wie es der polnische Historiker Józef Feldman formuliert.⁴⁰ Der Aufstieg des jagiellonischen Doppelreiches Polen-Litauen vollzog sich gleichzeitig mit dem Niedergang des Ordensstaates. Der in der Mitte des 17. Jahrhunderts einsetzende Verfall der Adelsrepublik ermöglichte den Aufstieg Brandenburg-Preußens zur Größe einer europäischen Macht, und die zweite Phase der Entwicklung Preußens zur europäischen Großmacht unter Friedrich dem Großen zog den Fall des polnischen Staates nach sich. Angesichts dieser Polarisierung konnte es kaum eine Brücke der Verständigung geben. Unter diesem Aspekt blieb Rußland für Preußen der allein zweckmäßige Allianzpartner, mit dessen Hilfe polnisch-französischen Ambitionen ein Riegel vorgeschoben werden konnte. In diesem Sinn ist auch Boyens Vorschlag an Zar Nikolaus zu interpretieren, die treugebliebenen oder sich unterwerfenden Bauern durch Gunsterweise der Sache des Adels und des Warschauer Reichstages zu entziehen, um sich im Lande eine Partei zu schaffen und „die Leute dadurch zu trennen“. An eine Bauernbefreiung in Kongreßpolen nach preußischem Muster dürfte er dabei kaum gedacht haben.

Aus all dem ergibt sich, daß sich Boyen in seiner Beurteilung Polens weniger von Emotionen als von einem rationalen Kalkül leiten ließ. Seine Äußerungen über die Gebrechen der polnischen Adelsgesellschaft, die er für den Untergang ihres Staates verantwortlich machte, sollten allein die fehlende Existenzfähigkeit Polens begründen und die Herrschaft der Teilungsmächte legi-

³⁹ Vgl. ZERNACK (wie Anm. 7), S. 125 ff.

⁴⁰ JÓZEF FELDMAN: Polen und Preußen, in: Preußen—Deutschland—Polen im Urteil polnischer Historiker, Bd. 1: „Millenium germano-polonicum“, hrsg. von LOTHAR DRALLE (Einzelveröff. der Historischen Kommission zu Berlin, 37), Berlin 1983, S. 45–60.

timieren. Nach seiner Auffassung hatte diese den Polen, d. h. dem dominierenden Adel, positive Errungenschaften gebracht, die die Aufständischen der Novembernacht mutwillig aufs Spiel setzten. Sie verletzten den Treueid, den sie dem Zaren geleistet hatten, wobei das sie leitende Nationalgefühl nicht als legitime Triebkraft anerkannt wurde. Entscheidend für Boyen war allein, daß damit eine Unruhe in das europäische Staatensystem hineingebracht wurde, die möglicherweise zu einer Umkehr der Allianzen und zur Bildung eines gegen Preußen gerichteten Bündnisses Frankreichs mit einem unabhängigen Polen und allen damit zusammenhängenden Nachteilen für den Hohenzollernstaat führen konnte. Nach Friedrich Meinecke können „die Energie und unerbittliche Konsequenz, mit der Boyen jede Lebensfrage des Staates prüfte, entweder als extremer Doktrinarismus gegenüber der dem Wirklichen und Erreichbaren zugewandten Staatskunst oder als tiefe und wahre politische Weisheit gegenüber der verwässernden Kompromißpolitik erscheinen – jedenfalls aber als eine Politik, die immer mehr an die Zukunft als an den Augenblick denkt“.⁴¹ Boyens Ausführungen über Polen belegen, daß er den damit verbundenen Problemen zentrale Bedeutung für das Geschick Preußens in der Gegenwart und auch in der Zukunft beimaß. Wie die weitere Entwicklung zeigt, mündete das gespannte und krisenreiche preußisch-polnische Verhältnis in einen Dauerantagonismus, der erst in unseren Tagen einer zunehmenden Normalisierung weicht, die die Chance einer objektiveren Geschichtsbetrachtung auf der deutschen und der polnischen Seite ermöglicht.

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, wie die Zeitgenossen Boyens Polen gesehen haben. Eine ähnlich scharfe Kritik am Adel wie er übte beispielsweise Justus Gruner, der in der Emanzipation des polnischen Bauernstandes eine wichtige Mission für die Monarchie der Hohenzollern sah. Aufschlußreich sind zwei wesensverschiedene Urteile des Freiherrn vom Stein. Während er in seiner „Nassauischen Denkschrift“ 1807 den Polen noch Fortschritte in der Kenntnis der Regierungskunst attestiert und die Maiverfassung von 1791 gewürdigt hatte, entwarf er 1814 unter dem Eindruck einer Wiederverstehung des polnischen Staates unter dem Zepter Zar Alexanders ein negatives Bild des polnischen Nationalcharakters, wobei er auf die mangelnden Voraussetzungen für die Schaffung einer konstitutionellen Regierung hinwies. Positiver waren die Urteile des preußischen Ministers Karl von Altenstein, der den Polen Nationalstolz, lebhaften Geist und Talente mancherlei Art zuschrieb, und des Berliner Historikers Friedrich Raumer, der den in der Maiverfassung gipfelnden Prozeß der Wiedergesundung der polnischen Nation hervorhob. Gneisenau zog angesichts des Novemberraufstands die gesamte Vergangenheit Polens vor das strenge Gericht der Geschichte. Seine Bemerkung, durch die zu weit gehende Adelsfreiheit, Bestechlichkeit und schlechte Politik habe Polen sein Schicksal selbst verursacht, erinnert an ähnliche Aus-

⁴¹ MEINECKE (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 440f.

führungen Boyens. Wilhelm von Humboldt machte für das Unglück der polnischen Revolution ihre jugendlichen Urheber verantwortlich und konstatierte mit Empörung die Undankbarkeit der Polen gegenüber der Dynastie der Romanows, habe diese doch Kongreßpolen soviel Freiheit und Selbständigkeit wie nur möglich gewährt. Noch schärfer war das Urteil Karl von Grolmans, dessen Denkschrift von 1832 eine wichtige Informationsquelle für Bismarck werden sollte. Er geißelte die Genußsucht und Gesetzlosigkeit des polnischen Adels, der sein Analogon in der rohen, ungebildeten, fanatisch katholischen und noch fanatischer polnischen Geistlichkeit finde. Beide würden den polnischen Bauern in tiefster Unwissenheit erhalten. Ein stärker differenziertes Bild vermittelt das Testament des Posener Oberpräsidenten Flottwell, der sich bemüht, in jeder Bevölkerungsgruppe deren Bestandteile zu unterscheiden. Das zeigt sich vor allem beim Adel, dessen ältere und wohlhabendere Vertreter die Vorzüge der preußischen Regierung anerkennen, während sich die Söhne der Gutsherren, die noch nicht auf eigenem Grund und Boden sitzen, und der dem Bankrott verfallene Adel als revolutionäres Element erweisen. Sehr viel ausgewogener äußerte sich Helmuth von Moltke 1832 in seiner Schrift „Darstellung der inneren Verhältnisse und des gesellschaftlichen Zustandes in Polen“. Das erkannte auch Józef Feldman in seiner 1935 erschienenen Veröffentlichung „Polen und die Polen im Urteil preußischer Politiker in der Zeit nach den Teilungen“ an.⁴² Er bezeichnete Moltkes Äußerungen als eine „leidenschaftslose, ehrliche und unvoreingenommene Darstellung“, die die Ideologie des polnischen Adels als ein „Streben nach vollkommener Gleichheit und größtmöglicher Unabhängigkeit des Einzelnen“ charakterisierte. Ritterlichkeit, Einfachheit des Lebens und der Sitten sowie Aufrichtigkeit in den Beziehungen untereinander hätten hier ihren Ausdruck gefunden. Moltke unterstrich, daß Polen im 15. Jahrhundert einer der gebildetsten Staaten in Europa war. Für den Verfall des Staates machte er die Latifundienwirtschaft der Magnaten, die Beschränkung der königlichen Gewalt, den Mißbrauch des Liberrum veto und die Degeneration des Parlamentarismus verantwortlich. Nachteilig wirkten sich auch die Verschlechterung der Lage der Bauern und das Fehlen des Mittelstandes aus. In bezug auf Preußen hob er den absoluten Gegensatz der Interessen beider Staaten, der auf geopolitischen Voraussetzungen beruhe, hervor und betonte, „daß Polens Unglück darin bestehe, zwischen zwei Mächte zu geraten, die sich mit beispielloser Schnelligkeit auf die Höhen staatlicher Geltung hinaufschwangen und den Nachbarn, der dieser Entwicklung im Wege stand, vernichten mußten“. Nach Moltkes Meinung war der No-

⁴² JÓZEF FELDMAN: Polska i Polacy w sądach polityków pruskich w epoce porozbiorowej [Polen und die Polen im Urteil preußischer Politiker in der Zeit nach den Teilungen], Katowice 1935 (Übersetzungen der Publikationsstelle des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Nr. 37), S. 13 ff.

vemberaufstand allein das Werk des Adels, während sich der Mittelstand ablehnend und der Bauer gleichgültig verhalten habe.

Abschließend zieht Feldman das Fazit, „daß sich der Gegensatz der beiden Nationen nicht auf die widerstreitenden staatlichen Interessen beschränkt hat. Es trennte sie auch ein tiefes Mißverstehen ideologischer Natur. Es lassen sich in der Geschichte kaum zwei so polar entgegengesetzte Gebilde finden wie die preußische Monarchie und die polnische Republik. Trotzdem war das gegenseitige Verstehen bei beiderseitigem guten Willen möglich. Auf preußischer Seite fehlte es jedoch an ehrlichem Willen, sich in die Geschichte und den Nationalcharakter des Gegners objektiv zu vertiefen . . . Zur nachdrücklichsten Begründung der Rechte, die Preußen auf die an sich gerissenen Länder hat, wurde schließlich die Theorie vom Tiefstand der Polen in Zivilisation und Moral aufgestellt. Nicht nur das alte Reich war für die preußischen Beobachter ein Land der Unbildung, der Anarchie, der religiösen Unduldsamkeit und der harten sozialen Bedrückung; auch das zeitgenössische Polentum böte ein analoges Bild negativer Eigenschaften, und der Nationalcharakter stand auf einer sehr niedrigen Stufe. Ordnung, Gerechtigkeit und Kultur hätte erst die preußische Verwaltung gebracht; ihre Aufrechterhaltung liege daher im Interesse nicht nur des preußischen Staates, sondern auch der europäischen Zivilisation, vor allem aber im Interesse der überwiegenden Mehrheit der unterjochten Nation.“⁴³

Diese Ausführungen kennzeichnen das Preußenbild, das die polnische Historiographie über 1945 hinaus vertreten hat. Erst die gegenwärtige polnische Geschichtswissenschaft rückt davon allmählich ab, indem sie Preußen weniger emotional beurteilt und universal-kulturgeschichtliche Fragestellungen stärker in den Vordergrund rückt. Weil es nicht mehr nötig sei, sich Preußens zu erwehren, falle möglicherweise auch der Zwang weg, den Antagonismus historisch zu rechtfertigen. Es wachse die Chance, die Geschichte Preußens in einem anderen Kontext und damit in einem anderen Licht zu sehen.⁴⁴

In seiner Beurteilung Polens, die mit vielen Gedanken Schöns, Grolmans und anderer preußischer Persönlichkeiten seiner Zeit übereinstimmt, zeigt sich eine enge Bindung Boyens an die borussische Staatsidee. An die ausgewogenere Meinung Moltkes, die damals in den Erregungen des Novemberaufstandes eine Ausnahme bildete, kam er nicht heran.

Hier stellt sich das Bedürfnis nach einer objektiven Darstellung des Polenbildes in der preußischen und deutschen Historiographie, die einen konstruktiven Dialog mit der polnischen Seite gestattet. Erst auf diesem Wege ist die Erarbeitung einer tragfähigen Synthese des konfliktreichen preußisch-polnischen Verhältnisses in der Vergangenheit mit allen daraus zu ziehenden Schlüssen für Gegenwart und Zukunft möglich.

⁴³ Ebenda, S. 29f.

⁴⁴ LABRENZ (wie Anm. 31), S. 178.

Summary

*Two memoranda by Hermann von Boyen about the Prussian-Polish relationship
at the time of the November Insurrection of 1830/31*

The present article is based on two memoranda found among Boyen's unpublished papers in the *Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz* in Berlin. Focusing on the career of Boyen, who was a member of the Prussian circle of reformers, it first gives a brief outline of Prussia's Polish policy between 1815 and 1848.

The efforts of the ministerial administration to win over the Polish population, and especially the Polish nobility, ended during the November Insurrection. From this point, Prussia's political course towards the Poles tightened. Under the impression of the November Insurrection Boyen, too, changed his position and now confronted his liberal friends with a highly conservative doctrine that ranked the state higher than the nation. In the memoranda discussed here, Boyen, guided by his Prussian conception of the state, denies the Poles the right to independence, arguing they had lost it as a result of their own errors and weakness. In his opinion, the Prussian state was a natural consequence of the disintegration of the Holy German Empire and the Poland's Republic of the Nobility. This view manifests an extreme notion of the state which seeks to justify the founding of a new, autonomous state on the remnants of the German and Polish empires.

Boyen's understanding of Polish history corresponds with the view that anything that has not served its purpose must die. He does not regard the outbreak of the November Insurrection as the result of noble motives but as an act of disloyalty. According to his Prussian reason of state, Boyen supported the status quo, i. e. the reinforcement of Poland's division, whereby he considered the Russian empire Prussia's only natural ally. From all this we can conclude that Boyen's view of Poland was less determined by emotions than by rational calculus.

Finally, the article traces the question how Poland was seen by Boyen's contemporaries. Among them, Moltke distinguished himself by his balanced views.